

# **Rätselhaftes Verschwinden von politischen Aktivisten**

## **Unterdrückung der Meinungsfreiheit**

## **Demonstranten verlangen nach Antworten**

© Thaihom Enterprises und Josef Burri 2020  
Stand: 31.7.2020



**Mindestens neun Kritiker des politischen Systems in Thailand sollen in den letzten zwei Jahren ausserhalb Thailands verschwunden sein, berichten Menschenrechtsgruppen. Was ist da los? Das fragen sich auch in Thailand immer mehr Menschen, und zwar nicht nur Anhänger der politischen Opposition. *Maria Poonlertlarp* (Maria Phuhnlöhtlahp), eine frühere Miss Universe Thailand (2017) schwedisch-thailändischer Herkunft, äusserte sich auf Instagram dazu: "Ich stehe auf der Seite des thailändischen Volkes, wenn ich sage, dass das, was da geschieht, falsch ist und nach Antworten verlangt." Ende Juni 2020 machte auch die "New York Times" das rätselhafte Verschwinden von thailändischen Aktivisten zum Thema. Doch die Regierung Thailands hüllt sich in Schweigen und weiss angeblich von nichts, weil ausländische Untersuchungsbehörden zuständig seien. Auch im Land selbst wurden in den letzten zwei Jahren ein rundes Dutzend politische Aktivisten von unbekanntem Kräften verprügelt. Wer Fragen stellt und die Regierung kritisiert, muss mit Pressionen rechnen. Derweil diskutieren Regierung und Parlament über ein Gesetz gegen Folter und spurloses Verschwinden von Menschen. Damit sollen die Menschenrechte in Thailand besser geschützt werden. Daran glauben manche Menschen in Thailand nicht mehr. Sie lehnen sich gegen autoritäre Tendenzen auf und gehen wieder auf die Strasse, der Corona-Krise und dem von der Regierung verhängten Notstand zum Trotz.**

## Entführung am helllichten Abend



*Wanchlearn Satsaksit*

Der 37-jährige *Wanchlearn "Tar" Satsaksit* wurde am 4. Juni 2020 gegen 18 Uhr auf der Strasse in Phnom Penh entführt. Dafür gibt es Augenzeugen. Seine Schwester verfolgte das Geschehen, weil sie in diesem Moment mit ihrem Bruder telefonierte. Er verschwand in einem schwarzen Toyota Highlander SUV, der vor *Wanchlearms* Wohnung parkiert war, und wurde seither nicht mehr gesehen. Thailand stellte gegen ihn 2018 einen Haftbefehl wegen Aufruhr aus, gestützt auf das Gesetz gegen Internetkriminalität (Computer Crime Act). *Wanchlearn* hatte auf einer Facebook-Seite geschrieben: "Sicher werde ich hundert Millionen von *Thaksin* erhalten." Der Satz war offensichtlich ironisch gemeint, da den politischen Aktivisten immer wieder zum Vorwurf gemacht wird, der frühere Premierminister *Thaksin Shinawatra* stecke hinter ihren Aktionen. *Wanchlearn* verliess Thailand 2014, nachdem das Militär die Macht übernommen hatte. Auf Facebook war er ein unerschrockener Kritiker der Regierung von Premierminister *Prayuth Chan-ocha*, der das Land seit dem Militärputsch regiert.

Sonderbares geschah auch in Laos. Drei politische Aktivisten, die sich wegen den politischen Entwicklungen dorthin abgesetzt hatten, waren während Monaten nicht mehr auffindbar. 2019 kamen zwei von ihnen wieder zum Vorschein: als Leichen im Mekong, gefesselt und mit Beton im Körper. Drei weitere Aktivisten verschwanden in Vietnam, nachdem sie von den lokalen Behörden thailändischen Sicherheitskräften übergeben worden waren. Zu keinem einzigen dieser Fälle gibt es irgendwelche gesicherten Informationen. Klar ist bloss, dass die Meinungsäusserungsfreiheit in Thailand stark eingeschränkt ist. Kritik an den politischen und sozialen Zuständen ist unerwünscht.

### **Verleumdungsklagen der Privatwirtschaft**

Aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen reagieren äusserst pikiert, wenn ihr Geschäftsgebaren in der Öffentlichkeit kritisiert wird. Das mussten auch die beiden Aktivisten *Nan Win*, Gastarbeiter aus Myanmar, und die Menschenrechtsexpertin *Sutharee Wannasiri* erfahren. Sie haben seit 2018 eine Verleumdungsklage am Hals, nachdem sie auf Facebook und Twitter die

Bedingungen für ausländische Arbeitskräfte auf einer Geflügelfarm blossgestellt hatten. Anfangs Juni 2020 schmetterte ein Gericht die Klage gegen die beiden ab. Ob es dabei bleibt oder ob die blossgestellte Firma rekurriert, bleibt offen.

Sieben Jahre dauerte es, bis das höchste Gericht Thailands endlich eine Verleumdungsklage gegen Andy Hall ablehnte. Der Aktivist und Verteidiger der Menschenrechte hatte 2013 einen Beitrag über eine Fruchtfirma in Thailand publiziert. Darin prangerte er die miserablen Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte in dieser Firma an. Zwar garantiert die Verfassung das Recht auf Meinungsäusserungsfreiheit. Doch kommt es in Thailand immer wieder vor, dass Firmen ihre Kritiker mit Klagen wegen Verleumdung und der Verbreitung von "falschen Informationen" eindecken und damit eine Prozesslawine auslösen. Jeder Kritiker überlegt es sich zweimal, ob er sich diesem jahrelangen Seilziehen um Gefängnisstrafen und Bussen aussetzen will.

### **Bedrohte Meinungsfreiheit**

Seit dem Militärputsch des Jahres 2014 hat die Meinungsfreiheit in Thailand stark gelitten. Sie war schon zuvor nicht besonders ausgeprägt, einerseits wegen eines harschen und oft missbrauchten Gesetzes gegen Majestätsbeleidigung, andererseits wegen der Möglichkeit von Verleumdungsklagen gegen Kritiker mit astronomischen Entschädigungsforderungen. Unter dem Militärregime aber kam es noch schlimmer: Ein Gesetz gegen Internet-Kriminalität ermöglichte es, politische Aktivisten, Whistleblower und Wissenschaftler gnadenlos zu verfolgen und zu bestrafen. Das gelingt aber nicht mehr in jedem Fall, wie die Urteile im Geflügelfarm- und im Hall-Prozess zeigen.

Die Diskussion um die Staatsautorität brodelte. Die Internetnutzer schenken dem staatlichen Drohfinger kaum mehr Beachtung. Selbst Proteste auf der Strasse flammen trotz Notstand wieder auf. Im Juni 2020 befestigten Studenten auf öffentlichen Plätzen weisse Bänder als Zeichen des Protestes gegen das spurlose Verschwinden von Menschen. Die Polizei verhaftete vier Studenten wegen Verletzung eines Gesetzes zur Aufrechterhaltung von Sauberkeit im öffentlichen Raum.

### **Es braut sich etwas zusammen in Thailand**

Im Juli 2020 wurden in der Provinz Rayong zwei Männer verhaftet, weil sie während eines Besuchs des Premierministers ein Plakat hoch hielten, worin sie die arbiträren Kontrollen der Administration während der Corona-Pandemie verurteilten. Die Anklage lautete auf Verletzung des wegen der Corona-Krise verhängten Notstandsgesetzes, des Gesetzes gegen ansteckende Krankheiten, der Gefährdung der Sicherheit und dem Versuch, sich der Verhaftung zu entziehen. Ein Haftbefehl lag allerdings nicht vor. Zyniker behaupten, dass die Corona-Krise der Regierung gelegen gekommen sei, weil sie einen Grund fand, den Ausnahmezustand zu verhängen und unliebsame Meinungsäusserungen zu unterdrücken. Obwohl in Thailand seit zwei Monaten keine neuen internen Ansteckungen zu verzeichnen sind, wurde das Notstandsgesetz mindestens bis Ende August verlängert. Jegliche Art von Protest auf der Strasse oder in den Medien ist untersagt. Wer eine abweichende Meinung vertritt, beispielsweise in den sozialen Medien, muss mit einer Anzeige oder mit Pressionsversuchen durch Polizei, Militär und rechtsgerichtete Kräfte im Parlament rechnen.

Seit Mitte Juli demonstrieren Studenten und Jugendliche am Demokratiedenkmal Bangkoks gegen das "tief-verwurzelte System der Diktatur". Unter den Protestierenden und im Internet

erscholl der Ruf nach Auflösung des Parlaments und Neuwahlen, weil die Regierung bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes versagt habe, besonders in der Corona-Krise. Die Verschleuderung von Steuergeldern und die Einschüchterungsversuche durch die Regierung müssten endlich aufhören, hiess es. Dass schon wieder eine Verfassungsreform verlangt wird, gehört zum klassischen Repertoire der Regierungskritiker. Dabei hat das ständige Herumdoktern an der Verfassung in den letzten Jahrzehnten keines der politischen Probleme Thailands dauerhaft gelöst. Die demokratischen Schwachstellen der aktuellen Verfassung sind allerdings nicht zu übersehen und hätten schon bei der letzten Revision eliminiert werden sollen. Der Glaube an soziale Gerechtigkeit und an eine friedliche Reform des politischen Systems in Thailand schwindet.

Die Proteste in Bangkok und anderen Städten flammen zu einem für Premierminister *Prayuth* ungünstigen Zeitpunkt auf, da sich in der Koalitionsregierung Auflösungserscheinungen zeigen. Vier prominente Minister, Schlüsselfiguren der bisherigen Wirtschaftspolitik, haben sich zurückgezogen. Zahlreiche Mitarbeitende im Tourismussektor verloren ihre Jobs und sind wegen der Corona-Krise in die Armut abgerutscht. Manche von ihnen kämpfen um den täglichen Reis und sind auf Spenden von Hilfsorganisationen und Einzelpersonen angewiesen. Sie werden bei den nächsten Wahlen bestimmt keiner der regierenden Parteien ihre Stimme geben. Es hat sich viel Frust aufgestaut in Thailand.